

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
05. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
01.03.2010**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 01.03.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Einbringung des Haushaltes 2010
(Der Haushaltsentwurf wird vor Beginn der Sitzung ausgeteilt)
3. Erweiterungen zur Tagesordnung
4. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD

Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtman Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Abwesende

Herr Fred Fröschchen	CDU
Herr René Langa	CDU
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 04.02.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Einbringung des Haushaltes 2010
(Der Haushaltsentwurf wurde vor Beginn der Sitzung ausgeteilt)**

Bürgermeister Jungnitsch verlas zunächst den Entwurf der Haushaltsatzung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2010:

„Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW 1994 S. 666/SGV NW 2023), in der zurzeit geltenden Fassung, wird folgender Entwurf der Haushaltsatzung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2010 auf- und festgestellt:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

● im Ergebnisplan

- der Gesamtbetrag der Erträge auf 38.901.911,00 €
(Pos. 10+19+23 des Gesamtergebnisplanes)
- der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 52.909.697,00 €
(Pos. 17+20+24 des Gesamtergebnisplanes)

● im Finanzplan

- der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 34.312.537,00 €
(Pos. 9 des Gesamtfinanzplanes)
- der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 45.134.782,00 €
(Pos. 16 des Gesamtfinanzplanes)
- der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit auf 9.059.080,00 €
(Pos. 23+33 des Gesamtfinanzplanes)
- der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus

der Investitions- u. Finanzierungstätigkeit auf 10.744.350,00 €
(Pos. 30+34 des Gesamtfinanzplanes)
festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2010 für Investitionen erforderlich ist, wird auf

5.314.900,00 €

festgesetzt.

§3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

383.200,00 €

festgesetzt.

§4

Die Deckung des Betrages zum Ausgleich des Ergebnisplans in Höhe von

14.007.786,00 €

erfolgt durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und Verringerung der allgemeinen Rücklage (Eigenkapital).

§5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

12.000.000,00 €

festgesetzt.

§6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf 240 v. H.
 - 1.2. für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf 379 v. H.
2. Gewerbesteuer auf 399 v. H.“

Anschließend hielt **Bürgermeister Jungnitsch** folgende Haushaltsrede:

„(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr verehrte Damen und Herren des Rates!

Gerade in einer Zeit der Aufbruchsstimmung und des Neuanfangs in unserer Stadt, wo Ideen umgesetzt werden sollen und kreative Ideen, die natürlich auch Geld benötigen, unsere Stadt nach vorne bringen sollen, brechen die finanziellen Rahmenbedingungen in einer in der Dimension nicht vorhersehbaren Weise und Größenordnung über uns ein.

Die weiteren Erläuterungen werden aufzeigen, dass dies weder alleine etwas mit der Umstellung auf NKF noch mit mangelnder Ausgabendisziplin zu tun hat. Diese Einbrüche sind struktureller Art!

Auf der **Ertragsseite** haben wir in 2010 folgende Situation:

- die Grundsteuer A und B, bei gleichgebliebenen Hebesätzen, ist geringfügig gestiegen
- der Gewerbesteuerertrag hat einen eklatanten Einbruch erlebt!, er hat sich nahezu halbiert. Grund ist hier weniger der Konjunkturunbruch, sondern voraussichtlich und hoffentlich eine einmalige Auswirkung der Unternehmenssteuerreform, so dass im kommenden Jahr wieder mit höheren Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen ist – jedoch in diesem Jahr schlägt uns dies mächtig ins Kontor!
- der Hundesteuerertrag ist auf gleicher Höhe geblieben
- der Vergnügungssteuerertrag in etwa auch
- Beim Einkommenssteuergemeindeanteil wird - hier jedoch bedingt durch die allgemein schlechte Wirtschaftslage - ca. 1 Mio. (15%) weniger Einnahme erwartet
- beim Umsatzsteuergemeindeanteil
- und bei den Kompensationszahlungen sind leichte Steigerungen zu verzeichnen, wobei in absoluten Zahlen hier eher geringe Erträge zu verzeichnen sind
- Eine weitere entscheidende Größe von den großen Ertragspositionen, die in diesem Jahr einen Einbruch hatte, ist die Schlüsselzuweisung des Landes. Schon vom Haushalt 2008 zu 2009 fiel diese um 1,1 Mio. Euro (18%), so ist sie in diesem Jahr nochmals um über 3,4 Mio. Euro (38%) auf jetzt 5,7 Mio. Euro gefallen.

Dies liegt zum Einen an geringeren Steuererträgen des Landes und damit einer geringeren Ausschüttung an die Kommunen, zum Anderen aber (und hauptsächlich) an den höheren Steuererträgen der Stadt in der Referenzperiode Juli 2008 bis Juni 2009 gegenüber der vorhergegangenen Periode.

Bei der Ermittlung dieser allgemeinen Schlüsselzuweisung werden neben der Zahl der Einwohner, die Schülerzahl der kommunalen Schulen und die soziale Struktur berücksichtigt.

Auf der Grundlage der zu verteilenden Schlüsselmasse wird eine Be-

darfszahl (Ausgangsmesszahl) ermittelt. Diese wird den Steuererträgen der Stadt gegenübergestellt.

Von der Differenz erhält die Stadt 90% als Schlüsselzuweisung. Die zu verteilende Schlüsselmasse wird vollkommen auf die Kommunen aufgeteilt. Insbesondere große Steuerausfälle bei den Großstädten in einer vorangegangenen Referenzperiode machen sich für alle anderen Kommunen stark bemerkbar, und wenn darüber hinaus im selben Zeitraum die eigenen Steuererträge, so wie in Übach-Palenberg, angestiegen sind, kann es zu solch großen Schwankungen in dieser Höhe kommen.

Hieran erkennt man deutlich, warum eine Gemeindesteuerreform unabdingbar ist und Not tut. Derartige Schwankungen erlauben auf Dauer keine verlässliche Planung! Der Gesetzgeber ist hier dringend gefordert! Kommunen benötigen auf Grund ihrer Aufgabenstellung verlässliche und konstante Basis-Erträge, die die Finanzierung ihrer Pflichtaufgaben erlaubt. Subsumiert muss ich verzeichnen, dass die wesentlichen Ertragsgrößen unserer Stadt, die Schlüsselzuweisung und die Gewerbesteuer in diesem Jahr massive Einbrüche erleben werden!

In der Summe stehen uns nahezu 11 Millionen Euro weniger an Erträgen zur Verfügung als 2009.

Auf der **Aufwandsseite** haben wir in 2010 folgende Situation:

Die Kreisumlage, als größter Aufwandsposten, inklusive Musikschule und Jugendamtsanteile wird von 15,9 auf 17,5 Mio. Euro steigen (+ 10 %)

Bereits jetzt weise ich darauf hin, dass auch durch die Systemumstellung auf NKF ab 2009 Abschreibungen und Pensionsrückstellungen zu veranschlagen sind, was bei der Kameralistik nicht der Fall war. Hier haben wir zwar keine großartigen Steigerungen zu 2009 zu verzeichnen, in absoluten Zahlen bedeutet dies aber, dass bei den Abschreibungen netto (6,8 minus 4,3 Auflösung) 2,5 Millionen Euro und bei den Pensionsrückstellungen 1,6 Millionen Euro anzusetzen sind!

Auch bedingt durch eine deutlich gefallene Gewerbesteuerumlagezahlung (- 50 %) konnte in der Summe im Ergebnishaushalt in etwa die Aufwandshöhe von 2009 gehalten werden.

Wir haben in diesem Jahr also eindeutig ein Ertragsproblem, wie es auch die Grafik „Entwicklung des Netto-Verbleib in Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen bzw. Umlagen“ zeigt.

Im investiven Bereich

sind zum Einen die durch das Konjunkturpaket II finanzierten Investitionen aufzuzeigen. Ca. 2,8 Mio. Euro erhält Übach-Palenberg hier an Zuweisungen.

Ab 2012 sind davon 12,5 % in 10 Jahren zurückzuzahlen, das sind jähr-

lich 36.070 Euro.

Wir investieren diese Zuwendungen für energetische Erneuerungen in Schulen und die Dachsanierung der KGS Übach.

Hier stehen 1,8 Mio. Zuweisung einer Investition von 2 Mio. gegenüber.

Als Maßnahme der „sonstigen Infrastrukturverbesserung“ wird der Neubau der Sportanlage am Bucksberg durchgeführt.

1 Mio. Zuweisung stehen hier 1,1 Mio. an Kosten gegenüber.

Zum Anderen sind an investiven Maßnahmen neben denen zur Straßen-erhaltung, bzw. Erneuerung und Kanalerneuerung in Höhe von ca. 3 Mio. Euro, viele kleinere, mittlere aber auch große Maßnahmen geplant und aufzuzeigen.

Die größten Maßnahmen sind nach den Voranmeldungen:

- Neubau der Naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum in Höhe von 740 T Euro
- Neubau des FWG Hauses in Scherpenseel in Höhe von 680 T Euro
- Brandschutzmaßnahmen in der Realschule in Höhe von 510 T Euro
- Modernisierung der Sporthalle Barbarastraße in Höhe von 315 T Euro
- Neubau der Obdächer Heinsberger Straße in Höhe von 280 T Euro
- Brandschutzmaßnahmen Gymnasium in Höhe von 120 T Euro
- Kauf eines Einsatzleitfahrzeuges für den Löschzug Übach in Höhe von 110 T Euro
- Umbau Kindergarten/Gymnasium Comeniusstr. 91 T Euro

Um diese und die weiteren mittleren und kleineren Maßnahmen zu finanzieren werden Anliegerbeiträge erhoben, Verkaufserlöse aus Grundstücksverkäufen erzielt bzw. Zuweisungen des Landes eingenommen.

Für 2010 sind dies 2,3 Mio. Euro.

Da der zu investierende Betrag deutlich höher ist und wegen dem aufgezeigten geringen Spielraum im Haushalt 2010 bleibt nur der Weg, den Differenzbetrag über Kredite zu finanzieren. Für diesen Haushalt bedeutet dies eine Nettoneuverschuldung von ca. 3,6 Mio. Euro (+ 7,75 %). Damit werden wir erstmalig den Gesamtkreditbestand von 50 Millionen Euro überschreiten müssen.

Gesamtbetrachtung

Der Gesamtergebnisplan wies für das Haushaltsjahr 2009 einen Verlust von 3,5 Mio. Euro auf. Obwohl der Abschluss noch nicht erstellt ist, kann davon ausgegangen werden, dass der kalkulierte Fehlbetrag nicht in der erwarteten Höhe entstanden ist. Einerseits gab es bei der Gewerbesteuer einen Mehrertrag von 3 Mio. Euro, andererseits wurden viele investive

Maßnahmen nicht begonnen, viele auch nicht abgeschlossen, wodurch ein geringerer Abschreibungsaufwand entstanden ist. Es wird kalkuliert, dass 2009 die Ausgleichsrücklage nur in einem Umfang von ca. 800.000 Euro herangezogen werden muss. Leider macht sich der Steueremehrertrag teilweise negativ bei der Festsetzung der Schlüsselzuweisung 2010 bemerkbar.

Erschwerend für den Ausgleich kommt hinzu, dass die Krankenhausumlage (für 2010 Planwert in Höhe von 280.000 Euro) im Gegensatz zum kameralen Haushalt nicht mehr über Kredite finanziert werden darf. Zudem vermindert sich die Konzessionsabgabe für Strom der Kreiswerke in 2010 von 1,59 Cent/kWh auf 1,32 Cent/kWh. Dies würde bei gleichem Stromverbrauch wie in 2009 einen Minderertrag i. H. v. ca. 140.000 Euro ergeben. Das ist eine Folge des Sinkens der Einwohnerzahl unter 25.000.

Rechnet man von den kalkulierten Steuererträgen die darauf basierenden Umlagen ab, so verschlechtert sich die Finanzsituation in 2010 in diesem Bereich zusammen mit der Minderung der Konzessionsumlage um rund 9 Millionen Euro, betrachtet aus der Sichtweise des Geldflusses. Dieser Negativtrend ist folglich auch aus dem Gesamtergebnisplan zu erkennen: Die Erträge sinken laut Plan im Vergleich zu 2009 um 8,1 Mio. Euro und die Aufwendungen steigen um 2,3 Mio. Euro. Aus dem Gesamtergebnisplan ergibt sich voraussichtlich am Jahresende 2010 ein Verlust in Höhe von 14 Millionen Euro (!), der in einem Umfang von 9,4 Mio. Euro (bei einem unterstellten Jahresverlust 2009 i. H. v. 800.000 €) aus der Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen werden kann. Diese Ausgleichsrücklage wurde für diesen Zweck gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW zum 1.1.2009 gebildet. Leider muss zusätzlich zum Ausgleich die allgemeine Rücklage noch in einem Umfang von 4,6 Mio. Euro, ausmachend 13 % des Bestandes (ausgehend von der vorläufigen Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009), herangezogen werden.

Ist nach Aufzehren der Ausgleichsrücklage in einem Jahr die Verminderung der allgemeinen Rücklage um mehr als 25% erforderlich, gilt der Haushalt als nicht ausgeglichen und Sicherungsmaßnahmen sind sofort einzuleiten.

In 2010 wird diese Grenze noch nicht überschritten! Da sich aber unter Anwendung der Orientierungsdaten erkennen lässt, dass ein Haushaltsausgleich mittelfristig nicht realisierbar ist, ist die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für 2011 nach heutiger Sicht unumgänglich.

Darüber hinaus ist auch anzumerken, dass nach der mittelfristigen Planung, unter Eintreffen der gemachten Voraussagen, das Eigenkapital in Form der Allgemeinen Rücklage in wenigen Jahren aufgebraucht sein würde!

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen werden wir in diesem Jahr das eine oder andere ursprünglich gedachte wichtige Vorhaben eben nicht umsetzen können!- Oder sogar in der jetzt folgenden politischen Diskussion des

Haushaltes noch die eine oder andere Maßnahme zu streichen haben.

Alle Bemühungen werden jedoch an den Grundtatsachen des Haushaltes 2010 nicht Wesentliches verändern können!

Für das kommende Jahr 2011 plane ich jedoch eine veränderte Vorgehensweise bei der Planerstellung herbeizuführen. In diesem Zusammenhang wird auch ein stärkeres Augenmerk auf das noch einzuführende Controlling zu legen sein.

Auch diese innerorganisatorischen Veränderungen werden keine wunderbare Ertragsvermehrung bewirken, aber möglicherweise die Auszahlungsdisziplin noch weiter erhöhen.

Wir müssen durch diese Einbrüche viele Dinge auf den Prüfstand stellen und bei andauernder derartiger Lage überlegen, von welchen Aufgaben wir uns trennen müssen, bei allem Wohlwollen!

Gerne hätte ich die Verwaltung durch Einkauf weiterer externer Kompetenz gestärkt um steigenden und neuen Anforderungen gerecht zu werden. Dieses Ansinnen ist mir durch diese Haushaltszahlen deutlich verhagelt worden!

Weitere Optimierungen der bestehenden Prozesse sind nicht durch einen Fingerschnipp umzusetzen. Dies bedarf erheblicher Arbeit unter kompetenter Anleitung und Zeit! Selbstverständlich werde ich auch vor dem Hintergrund dieser desolaten Finanzsituation nicht die mehrfach aufgezeigten grundlegenden Ziele und die aufgezeigte Vorgehensweise verlassen. Nur wird und muss die Umsetzung, wie es so schön heißt, gestreckt werden. Demnach werden wir mehr Zeit für den Veränderungsprozess benötigen, noch gründlicher und kreativer planen und noch mehr eigenverantwortlich und mit Bordmitteln erledigen müssen.

Fazit

Wie Sie auch im Vorbericht und dem dazugehörigen Zahlenwerk nachlesen können und ich dies auch ausgeführt habe, ist dieser Haushalt geprägt von drastischen Einbrüchen bei den städtischen Steuern und Zuweisungen, dies bei steigender Kreisumlage und erforderlichen Investitionen und Aufwendungen, die zu großen Teilen auch aus der Vergangenheit heraus festgezurrert sind.

Der Nettoverbleib, nach Abzug der Umlagen, ist in diesem Jahr auf einen historischen Tiefstand in Höhe von ca. 3 Mio. Euro gefallen. Zum Vergleich: im Jahre 2009 lag dieser Wert noch bei 14,5 Mio. Euro!

Ich fordere Sie, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, auf, gehen Sie in den nun folgenden Beratungen des Haushaltes mit Augenmaß vor. Belegen Sie den Haushalt nicht mit weiteren Forderungen, die finanzielle Auswirkungen haben. Streichen Sie oder verlagern Sie Maßnahmen in die

Zukunft, wo Sie meinen es politisch verantworten zu können. Bedenken Sie aber auch, dass wir in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach unter den Rahmenbedingungen der Haushaltssicherung arbeiten werden.

Geben Sie der Verwaltung aber auch den Spielraum, der nötig ist um unsere Stadt weiter positiv zu verändern.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Gudduschat** bedankte sich für die gehaltene Rede. Er erklärte, dass die Klausurtagung der CDU-Fraktion am Samstag stattfindet. Man habe heute nicht gerade erfreuliche Zahlen vorgelegt bekommen. Dies bereite ihm Sorgen. Die CDU-Fraktion werde sich mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf am Samstag intensiv auseinander setzen.

Stadtverordnete **Weinhold** bedankte sich ebenfalls bei Bürgermeister Jungnitsch für den Vortrag. Eine Frage wolle sie gerne jetzt schon zu dem vorgelegten Haushaltsentwurf stellen und zwar würde sie gerne wissen, ob die Erhöhung durch die Tarifvertragsänderung bereits berücksichtigt worden sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, man habe bei den Personalaufwendungen pauschal bereits eine Erhöhung um 1 % eingerechnet.

Auch Stadtverordneter **Weißborn** bedankte sich für die gehaltene Haushaltsrede. Die SPD-Fraktion werde sich sachlich intensiv mit den vorgelegten Zahlen beschäftigen. Er bat darum, die Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf bereits in der kommenden Haupt- und Finanzausschusssitzung zu beraten.

Stadtverordneter **Gudduschat** und Stadtverordnete **Weinhold** erklärten sich hiermit einverstanden.

Stadtverordnete **Appelrath** bedankte sich ebenfalls bei Bürgermeister Jungnitsch für die gehaltene Rede und erklärte, dass die Klausurtagung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Besprechung des Haushaltsentwurfs am 14.März stattfinden werde.

3. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

4. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass an der Friedrich-Ebert-Straße/ An der Linde eine Abholzung vorgenommen wurde und erklärte hierzu folgendes:

„Aufgrund der Regelungen des Landschaftsgesetzes/Vogelschutz ist es zulässig, Gehölzrodungen in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 28./29. Februar eines Jahres durchzuführen.

Im Zuge der geplanten Tiefbaumaßnahme "Kreisverkehrsplatz L225/An der Linde" muss in die nördliche (jetzt gerodete) Fläche der Böschung eingegriffen werden. Letzter -regulär möglicher - Termin zur Aufwuchsentfernung war aus den o. a. Gründen somit am vergangenen Samstag.

Bekanntlich soll die Ausbaueinbarung am 4.3.2010 unter TOP 5 des Bau- und Umweltausschusses, anschließend im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat beraten werden.

Nachdem positive Beschlüsse vorliegen werden, kann anschließend die Vereinbarung unterzeichnet/gegezeichnet und das Ausschreibungs-procedere in Gang gesetzt werden.

Insofern kann man wohl realistisch von einem möglichen Baubeginn im Frühsommer 2010 ausgehen.

Unmittelbar nach Baubeginn muss mit Baggern in die in Rede stehende Böschung eingegriffen werden. Zu diesem voraussichtlichen Zeitpunkt wäre das dann nicht möglich gewesen; eine Verzögerung der Bauarbeiten wäre die Folge gewesen.“

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.34 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin